

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

31 (6.2.1920)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Wegpreis: Durch unsere Träger 1.75 M und 65 S Zustellgebühr; abgedruckt in der Geschäftsstelle und in Abgaben 2.- M; am Posthalter 2.15 M, durch den Postboten 2.30 M monatlich. Einzelgenuss 15 S. Ausgabe: Werttag mittags; Geschäftszeit: 1/8-1/2 und 2-3/4 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spaltige Ko'one'zeile oder deren Raum 50 S, Restlagen 1.50 M. — Lokalanzeigen billiger. — Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 Uhr vormittags, für ordere Aufträge nachm. zuvor.

Zu Volkskundgebungen gegen die Reaktion müssen sich die auf Samstag und Sonntag anberaumten

50 Versammlungen

gestalten.

Männer und Frauen in Stadt und Land! Erscheint in Massen zu den Versammlungen!

Parteigenossen! Agitiert energisch und unermüdet! Benutzt die Versammlungen zur weiteren

Ausbreitung des „Volksfreund“

zur Gewinnung von Mitgliedern für die Partei.

Schon die nächsten Wochen und Tage können uns vor schicksalschwere Aufgaben und Entscheidungen stellen.

Auf in die Versammlungen!

Zur Auslieferungsfrage.

Eine Kundgebung des Reichsrats.

W.B. Berlin, 5. Febr. Der Reichsrat stimmte in seiner heutigen öffentlichen Sitzung der folgenden vom preussischen Minister Dine vorgelesenen Erklärung zu:

Der Reichsrat als verfassungsmäßige Vertretung der deutschen Länder bekennt sich zu dem heute kundgegebenen Standpunkt der Reichsregierung in der Frage der Auslieferung Deutschlands an die Entente. Der Reichsrat, weit entfernt, getuschelt strafbare Taten einer ordentlichen Untersuchung und Abhandlung vor den deutschen Gerichten entgegen zu lassen, teilt die Empörung des deutschen Volkes über die Zumutung der Entente, ihr Hunderte deutscher Männer auszuliefern. Der Reichsrat ist überzeugt, daß die Bevölkerung aller deutschen Länder hierbei entschlossen hinter der Reichsregierung steht. Auch er erklärt mit der Reichsregierung das Verlangen der Entente für unerfüllbar. Der Reichsrat appelliert gegen diese dem deutschen Volke angetane Schmach an den Gerechtigkeitsinn der Welt.

Die Mitglieder des Reichsrats hatten sich während der Verlesung von ihren Plätzen erhoben.

Reichswehrminister Noke zur Auslieferungsfrage.

W.B. Berlin, 6. Febr. Reichswehrminister Noke äußerte sich zum Verichterhatter der „Daily Mail“ wie folgt: Ich habe bereits mit dem englischen Geschäftsträger über das Auslieferungsbegehren gesprochen und ich glaube, daß es das Beste ist, wenn ich jetzt das Gleiche wiederhole. In der Auslieferungsangelegenheit würde ich nicht das geringste tun, um der Forderung der Entente zu entsprechen, nicht weil mir daran gelegen ist, den Friedensvertrag zu sabotieren, sondern weil kein Mensch in Deutschland in der Lage ist, diese Forderung des Friedensvertrages zu erfüllen. Der englische Geschäftsträger hat mir daraufhin geantwortet, daß es sich um die Ausführung des Friedensvertrages handle. Das ist richtig. Aber jeder Mann, der über die Vorgänge beim Friedensschluß orientiert ist, weiß, daß es schon damals über die sogenannten Schmachparagrafen zu schweren Konflikten gekommen ist. Was nie nach einem Frieden ein solches Ansehen an ein Volk gestellt worden. In Frankreich gibt der Fall Nidling eine Probe von der zu erwartenden Nachsicht. Aber davon ganz abgesehen: Der Versuch, auszuliefern, scheitert sofort, wenn auch nur der Anfang dazu gemacht wird. Die Durchführung ist einfach unmöglich. Die Truppen würden einem Befehle, bei der Auslieferung mitzuhelfen, niemals Folge leisten. Das Instrument, das jetzt allein die Ruhe gewährleisten würde, würde zusammenbrechen. Wenn ein anderer an meiner Stelle versuchen würde, mit Hilfe der Truppen die Auslieferung durchzuführen, so würde er keine Autorität haben und nichts erreichen. Die Sachlage ist also so, daß, wenn ich und meine Ministerkollegen den Versuch machen würden, die Forderung der Entente zu erfüllen, die ich für schändlich und schimpflich halte, wir das Land in die schwersten Wirrnisse bringen. Wer eine Regierung bilden will, wenn die Regierung zurücktritt, kann ich mir nicht vorstellen. Eine Parlamentsmehrheit, die die Geschäfte weiterführen will, wäre nicht vorhanden. Auch die Unabhängigen, die dazu vielleicht bereit wären, hätten keine Möglichkeit, die Auslieferung durchzuführen. Ich die Auslieferung versuchen würde, würde den Bürgerkrieg entfehlen. Eine Regierung der Konservativen ist undenkbar, sie würde erst recht nicht ausliefern. Es kommt also darauf hinaus, daß die Entente, nachdem sie vier Jahre lang als Kriegsziel die Demokratisierung Deutschlands angegeben hat, die jetzige Regierung fürst, ohne die Möglichkeit einer leistungsfähigen anderen zu geben.

England und die Auslieferung Wilhelm II.

Amsterdam, 6. Febr. Telegraphisch meldet aus London: Sir Auckland Geddes erklärte in einer in London gehaltenen Rede, die englische Regierung ist fest entschlossen, den ehemaligen deutschen Kaiser aus den Niederlanden vor Gericht zu bringen, und wenn er verurteilt wird, das Urteil auch zu vollstrecken. Wenn jedoch die Niederlande aufgrund internationaler Gesetze die Auslieferung weiterhin verweigern und diesem Manne einen Aufenthalt innerhalb des niederländischen Gebietes geben wollen, dann müssen wir sagen, daß er nicht auf holländischem Gebiet in Europa bleiben darf, sondern nach einer der Niederlande gehörenden Insel außerhalb Europas geschickt werden müsse.

Die Haltung der Militärs.

Berlin, 6. Febr. Generalfeldmarschall von Bülow erklärte in einer Unterredung, daß die Auslieferungsentscheidung eine Schmach sei, der sich kein Deutscher freiwillig fügen dürfe. Er würde sich unter keinen Umständen der Entente freiwillig zur Verfügung stellen. Generalfeldmarschall von Bülow glaubt im Namen der deutschen Heerführer zu sprechen, die auf der Liste stehen.

Zusammensetzung der Fraktions-Vorstände.

Berlin, 6. Febr. Auf Veranlassung der Reichsregierung treten am Samstag die Vorstände der Fraktionen der Nationalversammlung zusammen, um zu der Frage, die durch das Auslieferungsbegehren der Entente entstanden ist, Stellung zu nehmen.

Die Berliner Presse zur Auslieferung.

Berlin, 6. Febr. Privattele. Ohne Unterschied der Partei stellen die Morgenblätter fest, daß gegenüber dem Auslieferungsbegehren geschlossen dastehen. Das gestrige Mitteln des Unabhängigen Hoffmann in der preussischen Landesversammlung wird wieder von „Vorwärts“ noch vom „Vorwärts“ besonders traurig genommen. Der letztere schreibt: Es war so gar ganz gut, daß Hoffmann das Wort nahm, denn seine Erklärung hat gezeigt, daß keine Partei in Deutschland das Auslieferungsbegehren der Entente für gerecht hält. In der Bemerkung Hoffmanns, er rechne bei dem Versuch der deutschen Regierung den Verhandlungsweg zu betreten, auf die tatkräftige Unterstützung der Sozialisten aller Länder, meint der „Vorwärts“, tatsächlich sei festzustellen, daß von einer Einwirkung der sozialistischen Auslandsparteien auf den Friedensvertrag und seine Ausführung bisher nicht das Geringste zu bemerken gewesen sei. — Die „Deutsche Tageszeitung“ glaubt nicht oft genug wiederholen zu können, daß die Unersättlichkeit und Unerträglichkeit der Versailles-Friedensbedingungen, die tatsächliche Unmöglichkeit verträglich beizulegen, daß Deutschland je zur Ruhe komme. Bei jeder der durchweg unerfüllbaren Bedingungen des Vertrags werden die gleichen Bedrohungen und Vergeltungsmaßnahmen in irgend einer Form kommen, soweit es und so oft es den Feinden passe. Geseht den Fall, das deutsche Volk zwingt keine 900 Volksgenossen in die Gewalt der Feinde, so würde es nicht etwa Ruhe und Frieden und die Möglichkeit einer allmählichen Wiederherstellung erhalten, sondern erst recht mit Füßen getreten werden.

Französische Stimmen zur Lage in der Auslieferungsfrage.

W.B. Paris, 6. Febr. „Journal“ fragt, was angesichts der nunmehrigen Eventualität der Verweigerung der Vertragsausführungen geschehen soll. Die zu befragende Kaskid wird wohl geprüft worden sein. Es sei leicht, eine ganze Reihe von Zwangsmaßnahmen, wie die Einföhrung der Heimatschaffung der Gefangenen, die Wiedereinföhrung der Blockade und die Übernahme neuerlicher Besetzungen ins Auge zu fassen. Die Unterbrechung der Heimatschaffung der Gefangenen werde den das nur noch vermehren. Die Einföhrung der Blockade wird und den einzigen Karik, der für uns günstig ist, verschleppen. Militärische Maßnahmen würden zum mindestens große Anstrengungen erfordern. Daher hält das „Journal“ dafür, daß die Verweigerung der Auslieferung der Schuldigen nicht nur ein Aufbäumen gegen die besonders Bemühten Bestimmungen ist. Benutzen wir also diesen Vertragsbruch der Deutschen, um den Frieden auf der Grundlage sofortiger Realisierungen zu regeln, unabhängig von dem bösen Willen Deutschlands. — Ein

Vertreter des „Journal“ hatte eine Unterredung mit einer Persönlichkeit, deren Amt es gestattet, mit unbedingter Autorität über die Gründe zu sprechen, die Herr v. Lersner zum Rücktritt veranlassen. Zwei Männer vor allem sind gegen den Artikel 228 aufgetreten, Graf Bernstorff und von Daniel, deren Vorschlag Herr von Lersner bei Kriegsausbruch bei der deutschen Botschaft in Washington gewesen ist und deren Freund er geblieben ist. Es sei deshalb nicht erstaunlich, daß er die gleiche Auffassung von der deutschen Ehre habe wie die beiden Männer. Andererseits steht Herr von Lersner in langjährigen Beziehungen zu mehreren der Männer, deren Auslieferung verlangt wird. Mit einem derselben ist er verwandt. Es ist noch beizufügen, daß Herr von Lersner seit seiner Ankunft den Geschäftsführerposten in Paris anstrebt. Wie erinnerlich, ließ er zu verschiedenen Malen seine Ernennung als vollendete Tatsache hinstellen. Die Ernennung Dr. Rabers habe ihn grausam enttäuscht, sodas er Paris vermutlich ohne großes Bedauern verlassen wird.

v. Lersners Schreiben an Millerand.

W.B. London, 5. Febr. Das englische Zeitungspublikum veröffentlicht den Text des Schreibens des Freiherrn v. Lersner an den Präsidenten der Friedenskonferenz Millerand. Es lautet folgendermaßen:

Paris, den 3. Febr. 1920. Herr Präsident! Ein Excellenz haben mir heute Abend eine Note übermittelt, die die Namen der Deutschen enthält, deren Auslieferung die Rächte verlangen. Ich habe den Vertretern der a. und a. Regierungen zehnmal schriftlich und dreizehnmal mündlich auf das eindringlichste die Gründe der Unmöglichkeit der Auslieferung dargelegt, wie immer auch die soziale Stellung und der Name der Beschuldigten sei. Ich rufe Ein. Excellenz die Erklärungen, die ich beständig wiederholt habe, nachdrücklich in Erinnerung. Man wird keinen deutschen Beamten finden, der sich hierzu hergeben würde, in irgend einer Weise zur Ausführung des Auslieferungsbegehrens beizutragen. Es käme einer Weibliche gleich, wenn ich die Note Ein. Excellenz der deutschen Regierung übermitteln würde und ich schickte sie Ihnen beigegeben zurück. Ich habe meiner Regierung mitgeteilt, daß ich meine Funktionen nicht weiter ausüben kann und Paris mit dem nächsten Zuge verlassen werde. Genehmigen Sie Herr Präsident die Versicherung meiner Hochachtung ges. v. Lersner.

Die Rüstungen der Schwerindustrie gegen die Arbeiter und für die Reaktion.

Wie dem „Vorwärts“ berichtet wird, haben die Herren Eugenberger und Stinnes in Berlin den Veritasverlag begründet, der die Aufgabe hat, Zeitungen für die Schwerindustrie anzufaufen. So ist vor einigen Wochen der große Verlag von Bärenstein für den Preis von 12 1/2 Millionen Mark in die Hände der Stinnes-Eugenberger Gruppe übergegangen. Ebenfalls soll sich der gleiche Konzern nunmehr auch zum Herrn des Scherzverlags gemacht haben, in dem neben zahlreichen illustrierten Zeitungen, wie „Witze“ und „Gartenlaube“, die großen Tageszeitungen „Berliner Lokalanzeiger“ und der „Tag“ erscheinen. Auch aus einer ganzen Reihe anderer deutschen Städte sollen bereits Nachrichten darüber vorliegen, daß dort mit großem Geldeaufwand und immer von derselben Seite deutschnationalen Blätter angekauft oder bestehende umgewandelt oder neue ins Leben gerufen werden.

Die Schwerindustrie hat im Kriege Riesensummen eingespart. Nun werden diese Summen mit dazu verwendet, die Reaktion in Deutschland zu stiften und die Gegenrevolution durchzuführen. Im kommenden Wahlkampf werden wir die Tätigkeit der schwerindustriellen Reaktion kräftig zu spüren bekommen.

Und die Arbeitermassen? Erfüllen sie ihre Pflicht? Sind sie auf dem Posten?

Die Aufteilung des Großgrundbesitzes am Bodensee.

Von A. Weismann.

Eine Tatsache war mir klar, als ich als Mitglied der sozialdemokratischen Landtagsfraktion und der Presseabteilung der badischen Regierung am 22. vor. Mts. der großen Versammlung der Landwirte in Radolfzell beimonte, die Frage der Aufteilung des Großgrundbesitzes wird in der Bodenseeregion und auch im badischen Hinterland in den nächsten Wochen und Monaten nicht mehr aus der öffentlichen Erörterung verschwinden. Und jede Partei, welche sich bei der bevorstehenden Reichstagswahl um die Stimmen der Wähler bemüht, muß zu ihr eine zweideutige Stellung nehmen. Die beteiligten Landwirte verlangen Ueberleitung des Pachterverhältnisses in das Eigentumsverhältnis; präzise ausgedrückt: sie wollen den Grund und Boden, welchen sie von den Gutsverwaltungen, Stiftungen und Ständeherrschaften gepachtet haben, kaufen und ihn damit in ihr Eigentum überführen. Die Revolution müsse ihnen, so erklären sie, in wirtschaftlicher Beziehung wenigstens den einen Vorteil bringen, daß sie von dem Abhängigkeitsverhältnis, das ganz notwendigerweise das Pachterverhältnis mit sich bringt, befreit und zu selbständigen Besitzern des von ihnen bebauten Bodens würden. Denn zwischen diesen und ihnen als Bedauern dürfte sich, wie ein Radolfzeller Diskussionsredner kategorisch bemerkte, kein Dritter — der Grundbesitzer oder Ständeherr — drängen. Eine gereizte Stimmung herrschte gegen die Ständeherrschaften und ihre Vertreter, die Herrn Kammer-Rat Zopf von Donaueschingen und Rentamtmann Bauer von Salem, fanden mit ihren Argumenten, daß der Großgrundbesitz nicht geteilt und aufgeteilt werden dürfe, wenig Anklang. Das schwierigste Problem harrt also der Lösung und die badische Sozialdemokratie ist berufen, an der Klärung der stillstehenden Frage mitzuwirken.

Wie stellen wir uns nun dazu? Einer der Punkte unseres Revolutionsprogramms lautete: Sozialisierung der Ständeherrschaften. Das ist der Weg, den wir beschreiten wollen, das Ziel, das wir uns gesetzt haben. Wie aber wollen wir es erreichen? Denn dem Willen muß das Vollbringen folgen. Und das ist wahrlich schwerer, als sich manche Parteigenossen denken. Die Bodenseeregion ist vollgepackt mit Guts- und Ständeherrschaften, welche Grund und Boden an kleinere und mittlere Landwirte verpachtet haben. Erstreckt sich doch bis dorthin sogar noch der ausgedehnte Besitz des Fürstenerbergers von Donaueschingen. Und von der Seeufer hin drängen Bodman von Bodman und Prinz Max von Salem. Inmitten darüber liegen die Besitztümer der Douglas in Langenstein, Engenberg und Dreißbach in Sigmaringen, Orzels in Binningen, Solenzollern in Sigmaringen, Suel in Biezenhausen und Stödingen in Stödingen. Und Tausende von Hektar an Grund und Boden, Wäldern und Wiesen nennen sie ihr Eigentum. In manchen Gemeinden gehören ihnen sogar 80 Prozent der Bodenfläche.

Daß sich solche Zustände auch politisch und sozial anderten, liegt auf der Hand. Zur wirtschaftlichen Abhängigkeit kommt die politische (auch trotz aller geneigten Versicherungen der geschäftlichen Vertretung der Ständeherrschaften) insofern, als die Pächter sich oft nicht getrauen, ihrer politischen Ueberzeugung auch dann öffentlich Ausdruck zu verleihen, wenn sie von der Ständeherrschaft stark abweicht. Sie wählen vorher sie mußten, ihre Stimmabgabe gelangte zur Kenntnis des Pächters und der hätte es lieber gesehen, wenn sie einen Stimmzettel des Zentrums oder der Liberalen in die Wahlurne legten. Wir verstehen es deshalb durchaus, wenn die auf das Pachterverhältnis angewiesenen Landwirte nunmehr die Parole ausgeben: Los von den Ständeherrschaften!

Die Sozialdemokratie, die sich seit ihrem Verlassen der Unterdrückten und Ausgebeuteten angenommen, einerlei, ob sie auf dem Lande oder in der Stadt wohnen, stimmt mit diesem Aufbruch überein; aber sie stellt den Pächtern die zweite Frage: Was dann, wenn der Besitz der Ständeherrschaften entzogen ist? Die Antwort wird ihr rasch zuteil werden; sie lautet: Diesen Besitz kaufen wir, die Pächter! Da steht nun die Schwierigkeit des angesprochenen Problems ein. Denn die Sozialdemokratie muß sofort wieder fragen: Und welchen Nutzen hat davon die Allgemeinheit? Dieser ist doch wahrlich nicht das mit gebietet, daß die Besitzer des früheren Ständeherrschaften Grund und Bodens von jetzt ab mittlere und kleinere Land-

wirte sind, daß die Grundstücke anstatt dem Härt von Mühlberg oder dem Krüger Weg in Salem künftig dem Landwirt Müller oder Schulte gehören. Auch der Arbeitsminister Gen. Müllert ließ in seiner Radolfzeller Rede durchblicken, daß die badische Regierung nicht in der Lage sei, im Handumdrehen den berechtigten Landwirten der Bauern zu helfen. Er sagte u. a.: „Die Großbetriebe in der Landwirtschaft haben auch ihre Vorteile; sie dürfen nicht ohne weiteres zerfallen werden! Es kommt doch auch darauf an, ob der Boden nutzbringend bebaut wird.“

Diesen durchaus richtigen Grundgedanken möchte ich nur hinzufügen: Wenn das Zentrum durch den Reichstagsabgeordneten Dies-Maddisell und die Demokraten durch den Parteisekretär Salge-Henning die restlose Aufteilung des Großgrundbesitzes in der Bodenseeregion und ihre Eingabe an die Landwirtschaft als Eigentum fordern, so besteht für die Sozialdemokratie keineswegs die Verpflichtung, in das gleiche Horn zu blasen. Wir stellen uns damit nicht schüchtern vor die Güter der Ständeherrschaften, wie dieser Tage ironisch ein bürgerliches Blatt geschrieben hat. Für uns kommt in Betracht, welche Nutzen oder Schäden hat die Allgemeinheit von der Durchführung einer solchen wirtschaftlichen Maßnahme? Wir müssen zunächst berücksichtigen, daß der unter Umständen von den Ständeherrschaften enteignete Grund und Boden, wenn er an die bisherigen Pächter als Eigentum übergegangen ist, zu Spekulationszwecken Verwendung findet. Diese Gefahr ist vorhanden. Muße doch der kahlbäuerliche Landwirt im vorigen Sommer, als in einigen Gegenden unseres engeren Heimatlandes der Grundstücksverkauf ganz wilde Formen annahm, schmerzlich das vergessen und ihren Uebergang in andere Hände von der amtlichen Genehmigung, also der des Bezirksamtes, abhängig zu machen. Auch jetzt noch sind Schweizer Kriegsgewinnler bereit, für badischen Grund und Boden jeden Preis zu zahlen und gar losend könnte nach der Enteignung der Ständeherrschaften an die nunmehrigen Besitzer der Felder und Wälder die Versuchung heranreten, sich jetzt selbst wieder „enteignen“ zu lassen, aber die künftigen Vorteile dieser Enteignung diesmal im vollen Umfang in die eigene Tasche zu stecken. Dem muß, wie schon bemerkt, staatlicherseits ein Regel vorgeschrieben werden.

Nicht zuletzt ist auch Gewicht zu legen auf die rationelle Benützung der enteigneten Grundstücke, da wie ja künftig dem in Deutschland vorhandenen Boden das Menschenmögliche abzugewinnen müssen. In Parteilreisen gehen bekanntlich die Meinungen darüber, ob der Großgrundbesitz rationell wirtschaftlich auszunutzen, auseinander. Ich war auch einer der Zweifler, denn heute aber, daß ich unter gewissen Umständen dem Großgrundbesitz den Vorzug gebe. Die auch in der Landwirtschaft hochentwickelte Technik kann der Großgrundbesitzer besser ausnützen, wie etwa der Kleinbauer. Aber darüber ist hier nicht zu streiten. Bei Enteignung der Ständeherrschaftlichen Güter und ihre Ueberleitung in den Besitz mittlerer und kleiner Bauern ist darauf zu achten, daß die Ertragsfähigkeit des Grund und Bodens nicht herabgesetzt wird. Wir bedürfen so dringend der Lebensmittel und können es nicht verantworten, die Hand zu ihrer Verringerung geboten zu haben.

Und schließlich die dringlichste Frage: Wie können wir den enteigneten Besitz der Ständeherrschaften überhaupt der Allgemeinheit zuführen, wie im wahren Sinne eine Sozialisierung der Ständeherrschaften vollziehen? Auf diese Frage ist die Antwort nicht so leicht zu geben, als es sich manche Parteigenossen vorstellen. Soll den enteigneten Grund und Boden der Staat nehmen? Soll er ihn selbst bewirtschaften oder wieder verpachten? Im letzteren Falle hätten die Pächter nach ihrer Auffassung nur den Grundherren gewechselt, wenn auch zuzugeben ist, daß der Staat sie niemals in der Abhängigkeit halten könnte, wie das zum Teil durch die Ständeherrschaften geschieht. Oder sollen wir für die Gründung ländlicher Genossenschaften plädieren, die ihrerseits den enteigneten Boden bebauen? Ich bin in Verlegenheit, wenn ich mich für die eine oder andere Lösung des Problems entscheiden soll. Ich würde es begrüßen, wenn sich sach- und fachkundige Genossen hierzu ebenfalls öffentlich äußern würden. Die durch das Arbeitsministerium begründete National- und Landbank, welche sich u. a. die Aufgabe stellt, neu gewonnenes Stedlungsland zur Hebung der Lebensmittelversorgung in landwirtschaftliche Betriebe für Mittel- und Großbauern aufzuteilen, könnte hier vielleicht Aufschluß schaffen.

Von anderer Seite wird noch vorgeschlagen, den Städten und Gemeinden den enteigneten Besitz zu übergeben. Dieser Vorschlag scheitert meines Erachtens, soweit die Städte in Betracht kommen, an der Möglichkeit der praktischen Durchführung, da die eingangs bezeichneten Ständeherrschaften und Gutsverwaltungen ihren Besitz in Gegenden haben — am Bodensee und im badischen Hinterland —, in welcher sich in der Hauptsache nur kleine Städte befinden. Und die kleinen nicht nach städtischem Grundbesitz. Die Gemeinden haben mit vielerlei Interessengegensätzen innerhalb ihrer Verwaltung zu kämpfen, wenn sie die Verpachtung des den Ständeherrschaften abgenommenen Grund und Bodens und seine rationelle Ausnützung bewerkstelligen sollen. Wird also nur der Staat als nomineller Rechtsnachfolger des Ständeherrschaftlichen Besitzes in Frage kommen.

Das demnächst an den Landtag gelangende Stedlungs-gesetz, welches vom Arbeitsminister in Radolfzell angekündigt worden ist, läßt die Enteignung bei einem Grundbesitz von über 100 Hektar, natürlich nur gegen Entschädigung der enteigneten bisherigen Besitzer zu. Es wird Aufgabe der sozialdemokratischen Landtagsfraktion sein, in der Kommission es so zu gestalten, daß es einerseits dem Drängen der Landwirte, welche ihr Pachterverhältnis zur Ständeherrschaft in das Eigentumsverhältnis übergeführt sehen möchten, Rechnung trägt, andererseits aber auch in genügender Weise die Interessen der Allgemeinheit, also der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung, wahrhaft. Bei der Veräußerung des Besitzes der Ständeherrschaften kommen große Flächen in Betracht. So verfügt die Fürstenerbergsche Ständeherrschaft von Donaueschingen allein über 8000 Hektar; an kleine und mittlere Bauern sind bereits verkauft rund 2000 Hektar. Etwa 4000 Hektar gedenkt man in Donaueschingen noch abzulösen. Da ist es schon notwendig, daß auch die Sozialdemokratie zu dieser Art „Sozialisierung“ Stellung nimmt.

Politische Uebersicht.

Wie lange reicht noch unser Brot?

Nichts könnte den Stand unserer Brotgetreideversorgung offenkundiger beleuchten, als die Bekanntmachung des bayerischen Landwirtschaftsministeriums über die Anlieferungslisten:

	1919/20	1919/20
bis 31. Juli	12 248 dz	—
vom 1.-15. August	153 800	8 661 dz
16.-31. August	265 777	36 420
1.-15. September	238 858	63 717
16.-30. September	219 141	184 458
1.-15. Oktober	114 265	131 742
16.-31. Oktober	87 677	67 085
1.-15. November	68 486	49 497
16.-30. November	108 818	51 125
1.-15. Dezember	125 372	39 578
16.-31. Dezember	82 993	42 220
1.-15. Januar	78 142	47 768
	1 555 520 dz	762 581 dz

Vom 1. August bis 15. Januar 1919/20 wurden 810 693 Doppelzentner Brotgetreide weniger abgetiefert als in der gleichen Zeit der Jahre 1918/19. Das ist der Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft gerade beim allerwichtigsten Nahrungsmittel — beim Brot! Jetzt dem Volke erst das tägliche Brot, — dann, ja — die Folgen lassen sich kaum ausdenken. Das Landwirtschaftsministerium stellt fest, daß selbst die größten Städte nur auf ganz kurze Zeit mit Brotgetreide versorgt sind. Der Landwirtschaftsminister (sein Sozialdemokrat) muß aber auch erklären, daß große Teile der landwirtschaftlichen Bevölkerung sich des außerordentlichen Erntes der Lage nicht bewußt sind und vergessen, daß sie die Städte dem Hunger ausliefern und neue Hunger in Stadt und Land tragen. Man hätte den Landwirten zu lange Entschuldigungsgründe abgebilligt und steht nun, daß es so nicht weitergehen kann.

Das Landwirtschaftsministerium sagt denn auch in seiner Bekanntmachung: „Man war anfangs geneigt, die gerätigen Anlieferungen auf die Verpachtung der Güter, das Zufuhrverdrängen aller landwirtschaftlichen Arbeiten und den hierdurch bedingten Mangel der Landwirte an Zeit zum Ausbeheben des Getreides zurückzuführen. Wäre dies richtig, so hätten in der letzten Zeit die Anlieferungen von Getreide gewaltig in die

Die Schicksalsmaus.

Eine Erzählung von Tieren und Menschen von Harald Landrup.

Eines Nachts kam Langzahn zu Graus zu Besuch. Er hatte das bisher wegen der engen Gänge, die zur Mühsamkeit hinunterführten, nicht tun können. Aber jetzt bewohnte man ja das ganze Haus, so daß es genug Platz für eine Zusammenkunft gab.

Als Madame Grau Langzahn ihre jüngsten vorstellte, ließ er sich sogar herab, sie zu loben. Und nachdem sie Wursthäute und Käsekrüden verzehrt hatten, machten sie einen Rundgang durch das ganze Haus und betrachteten die Plätze, die für die großen Begebenheiten von Bedeutung gewesen waren: den Raum unter dem Esen, Christenien's Stube, wo man den Philosophen tot auf dem Fußboden gefunden hatte, und Blomberg's Werkstätt, Mons' frühere Wohnung.

„Meister Grau wurde nicht milde, die neuen Verhältnisse zu loben. Er sagte, sie lebten wie in einem Schloß, das Hinterhaus sei zum wahren Paradies für die Tiere geworden.“

„Aber wie lange?“ fragte Langzahn. „Was werdet ihr tun, wenn alles aufgeessen ist? Ihr habt keinen Rinnstein wie ich!“

„Kommt Zeit, kommt Rat!“ erwiderte Meister Grau. Die Zeit verging, und der Rat kam, wenn auch anders, als es Langzahn vorausgesetzt hatte.

Es fing damit an, daß eine Menge Arbeitsleute mit Sämmern, Axen und Brecheisen einrückten, hässliche Wände einrißen und die Fußböden einbrachen.

Den Tieren war es, als sei das jüngste Gericht nahe. Das Haus schwankte wie bei einem Erdbeben. Es trachte und polterte, krachte und hämmerte auf allen Seiten. Schauernd verbargen sich die Mäuse in ihren Schlafhöhlen.

Meister Grau und seine Frau sahen dicht zusammengeknüllt unter dem Fußboden und erwarteten jeden Augenblick, daß etwas Dürchbares geschehe. Sie hörten die

Menschen davon sprechen, daß das Haus eingestürzt und ein neues dafür aufgebaut werden solle. Und plötzlich kam das Durchbare: Das Fußbodenbrett, das das Dach ihres Hauses bildete, wurde mit einer mächtigen Stange in die Höhe gehoben, und ihr Heim lag offen vor den Augen der Menschen da.

Zu Tode erschrocken sprang jedes nach seiner Seite. Ein Mann setzte seinen Fuß auf Madame Graus Kopf, und die tapfere kleine Frau verfiel mit einem kläglichen Weifen — das Schicksal hatte die Schicksalsmaus ereilt.

In wildem Entsetzen sprang Meister Grau zwischen den Füßen der Männer hindurch, erreichte die Treppe und eilte in langen Sprüngen in den Hof hinab.

Dann kaupte er durch Ecken und Schmutz direkt auf das Rinnsteinbrett zu, wo Langzahn wohnte.

„Kette mich! rief er erschöpft, als er neben dem Rinnstein zusammenbrach.“

Eilig kam Langzahn aus seinem Heim.

„Was ist geschehen?“ fragte er.

Mit flehender Stimme berichtet Meister Grau, daß die Menschen jetzt das Haus einzureißen angingen. Sie hätten Madame Grau umgebracht — er selbst sei nur durch ein Wunder entronnen.

„Hier bist du sicher,“ entgegnete Langzahn würdevoll. „Das Rinnsteinbrett gehört mir; das wagt niemand zu berühren!“

Aber diese Sicherheit war nicht weit her. Den ganzen Tag über saßen die Tiere angstvoll da und lauerten auf das fürchterliche Gepolter der zusammenstürzenden Mauern und auf das Geräusch der Balken auf den Schutt.

„Der Friede ist vorbei,“ bemerkte Langzahn leisend.

Und plötzlich wurde auch der Rinnstein wie durch ein Naturereignis leer. Das Wasser lief schnell ab und hinterließ eine trodene Rinne — man hatte einen neuen Ablauf geschaffen.

„Jetzt neigt die Welt bald unter,“ sagte Langzahn; „hier ist unteres Weibens nicht mehr. Wenn die Nacht kommt, wollen wir unsere Wanderschaft beginnen!“

„Wohin?“ fragte Meister Grau. „Die Vögel sagen, die Welt sei groß.“

„Wir gehen zu Mons und Anderen,“ erklärte Langzahn. „Mons hat geschworen, er werde uns nie Verdrüss bereiten. Wo er ist, haben wir Frieden!“

„Ja,“ stimmte Meister Grau bei, „das wollen wir.“

Wie sie ihn finden wollten, fragten sie nicht. Die Tiere haben ja noch jenen glücklichen Instinkt, der ihnen wie ein Kompaß den richtigen Weg zeigt.

Und so zogen sie von dannen.

Es ist nicht zu beschreiben, was die beiden alles auf dieser weiten, weiten Wanderung erlebten.

Der Sommer kam und ging wieder zu Ende — der Herbst folgte — und ehe man sich versah, war der Winter da — und noch immer wanderten die Tiere.

Es gab Zeiten, wo sie mager und rotäugig vor Hunger wurden, in besseren Tagen sahen sie sich mehrere Monate lang bei einer besonders reichhaltigen Nahrungsgewinnung und genossen das Leben, bis sie wieder zu Kräften gekommen waren.

Auch andere Motten und Mäuse begegneten ihnen, mit denen sie sprachen, und sie nahmen an Weisheit und Ansehen zu. Aber sie trennten sich doch immer wieder von diesen neuen Freunden und folgten dem unerklärlichen Wegweiser in ihren kleinen Gehirnen, der ihnen die Richtung nach dem gesuchten Ziel wies.

Nachdem sie über endlose Felder gelaufen waren, kamen sie in einer Frühlingssnacht an einen Weg, über den sie rasch hüfteten. Jenwärts desselben lag in einem Garten ein Haus.

Langzahn war der Führer wie immer. Als sich der Kompaß in seinem Innern bewegte, bog er ab und lief auf das Haus zu. Meister Grau folgte ihm.

Plötzlich sprang aus einem Gebüsch ein Tier hervor. Langzahn sah eine Kralle in seinem Rücken, ein Nadeln öffnete sich und ein heißer Sand traf seinen Nacken.

„Verdammte Misset!“ rief er in seiner Not. „Ja bin die Katie Langzahn!“

Ringe.

Nach dem Montagmorgens Ermordung Frankheit an einer Trerer befindet sich in Ringe Seere verurteilt Gericht dem medizinischen Mensch sei. Ringe seigten sich dem starken demerbar zur Beobachtung Scharenhorst schweren Z der mir Ringe schen Die Ringe zu weingefährlich ausgedrückt, Lustig noch zumeisten, entscheidend Engl.

Land hier ab nationalen Einleitung schlossen, ich Hund Eier in Aussicht scharfe Kon Rnancielle

(Fortsetzung folgt.)

den Städten geben. Diese Städte in den Durchschlüssen und über am über sich in der schreien nicht mit vieler- uhaltung zu beschaffen nationaler Aus- der Staat als tischen Besitzes

Eine schwere Wahlunterlage der U. S. P.

Im Reichsausschuss fanden am Sonntag die Wahlen zu den Kreis- und Provinzialtagen statt. Am Reichsausschuss (unserem) waren die Franzosen wegen und um das Geld für die bevorstehende große Reichstagswahl zu sparen, ein Abkommen zwischen den Parteien zustande gekommen, das die Verteilung der Sitze in Kreis- und Provinzialtag nach den Ergebnissen der letzten Gemeindevahlen vornahm. Nur die „Anhängigen“ hatten sich von dieser Vereinbarung ausgeschlossen, weil man ihnen angeblich nicht genug bot. Sie hatten sich, wie überall im Reich, ungeheure Erfolge versprochen, und dies umso mehr, als sie sich als einzige Oppositionspartei in den Kampf zogen und dabei aus den letzten politischen Vorgängen im Reich — dem Berliner „Mittwoch“, den diversen Zeitungsverboten usw. — für sich Kapital zu schlagen hofften. Zahlreiche unabhängige Gruppen von auswärts waren im Bezirk als Medner tätig, und auch an Geld, Flugblätter, Plakaten usw. wurde nicht gespart. Und das Ergebnis? Eine tiefbescheidende Niederlage, die geradezu einer Massenflucht aus dem „unabhängigen“ Lager gleichkommt. Anstatt die Hälfte der Gemeindevahlstimmen vom November wurde für sie abgegeben, etwa 18 800 Stimmen der Gegner haben nicht ganz 8000 „unabhängige“ gegenüber. Nach einer Meldung hatten im Kreis Darmstadt die Kreiswahlwahlen das folgende Ergebnis: Reichsvereinspartei 11 499, Deutsche Volkspartei 6577, Demokratische Partei 4797, Heilige Volkspartei 3745, Zentrum 1876, Handwerkervereine 1287 Stimmen. In Darmstadt-Stadt erhielt unsere Partei 6350, die „Anhängigen“ nur 1100 Stimmen, im industriellen Vorort Arheilgen waren es 965 für uns, 195 für die U. S. P., in Oberstadt 627 gegen 180, in Pfungstadt 1015 gegen 130, in Rasthof 820 gegen 84 usw. — überall in den genannten vier Orten Reichsvereinspartei die Majoritäten, die nahe an das absolute Mehr heranrückten, während die U. S. P. durchweg in geradezu hoffnungslosen Minderheiten blieb.

Der Ausfall der heftigen Wahlen zeigt zur Evidenz, daß hinter dem großmäuligen Getöse der U. S. P. Presse, die uns Reichsvereinsparteiern demnachst mit Haut und Haaren zu verdrängen droht, nichts aber auch gar nichts steht. Wir werden unseren Weg ruhig weitergehen, und die U. S. P. wird sich an unserer stillen und konsequenten Politik auch anderwärts die Zähne ausbeissen.

Die judaisierten Hohenzollern.

In dem bekannten antisemitischen „Kampfbücher-Verlag“ (Franz Schosch Nachf.) ist ein 206 Seiten starkes Buch erschienen „Semi-Imperator“, 1888 bis 1918“, in dem sich diese netten Stellen finden:

„Wilhelm II. ist zunächst weit mehr nach seiner Mutter als nach seinem Vater, denn als hochgradiger Hohenzollerner geratet. Er ist ein brennender Beleg dafür, daß das Blut, nicht die Erziehung in der Erziehung hochstehender Menschen ausschlaggebend ist. Mischlingen eignen die Fehler der beiden Rassen, aus welchen sie hervorgegangen sind. Das schwebeliche Talent der Juden ist bekannt. Auch auf ihm ist davon eine Überabergang, auch er mimte alles: das vom Götterglauben besessene Gottesvertrauen, den schlaue, geschäftigen General, Kunst- und Musikritter, Maler, Prediger, Komponisten. Er mimte den christlichen Herrscher, hielt Gottesdienste und sprach viel vom christlichen Glauben. Judenmische rührt er selbst gern und hörte auch gern solche. Der jüdische Wandertier in ihm ließ ihn zum Reichsfürsten werden. ... Schiedig war eine Platte wie die eines jeden Mischlings. Wilhelm II. war darum auch nur das Jerrbild eines deutschen Kaisers, eben ein unheimlicher „Semi-Imperator-Reg“, unter dem wir jüdisch regiert wurden.“

Der ehemalige Kronprinz wird etwas milder behandelt:

„Aber auch er nannte das jüdische Nebel nie beim wahren Namen, denn auch er — und das ist eben das Niederziehende — ist sich seines jüdischen Blutes bewusst und muß Vorfall dessen von jüdischer Seite besorgen.“ Deshalb weg mit den Hohenzollern! „Der Gedanke an eine Wiedereinsetzung Wilhelms II. oder eines der judaisierten Hohenzollern muß endgültig fallen — der ehrliche deutsche Sozialismus steht selbst uns Monarchisten viel näher wie jedwede jüdisch-jüdisierte Dynastie.“

So ist's recht. Das gönnen wir den Hohenzollern und ihren Anhängern.

Runge, der Mörder Liebknechts, als geisteskrank entlassen.

Nach einer Meldung der Korrespondenz Sochaerger ist am Montag der bekannte Jäger Runge, der Mörder bei der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs, wegen Geisteskrankheit aus dem Gefängnis entlassen worden. Er wurde in einer Irrenanstalt untergebracht ist, steht noch dahin, vorläufig befindet sich Runge auf freiem Fuße.

Runge war, wie erinnerlich, vom Kriegsgericht zu 2 Jahren Gefängnis sowie 4 Jahren Ehrverlust und Entfernung aus dem Heere verurteilt worden. Bei der Strafbenennung war das Gericht davon ausgegangen, daß Runge nach dem Urteil der medizinischen Sachverständigen ein geistig minderwertiger Mensch sei.

Runge wurde nach dem Urteil ins Gefängnis gebracht, doch gelang es ihm schon nach einigen Wochen, besonders da bei dem starken Alkoholkonsum der Mangel an geistigen Getränken sich bemerkbar machte, Spuren von Geistesstörung, so daß Runge zur Beobachtung seines Geisteszustandes in das Lazarett in der Schornhorststraße gebracht wurde. Hier hatte Runge einen schweren Zusammenstoß mit dem Kommunistenführer Ebertlein, der mit Runge im selben Zimmer untergebracht war und von Runge schwer mißhandelt worden war.

Die Freilassung Runges muß das stärkste Bestreben erzeugen. Runge ist ein sehr verkommener Patron. Diesen gemeingefährlichen Menschen frei herumlaufen zu lassen, ist, milde ausgedrückt, eine Unverständlichkeit. Und wir haben weder zur Justiz noch zu den Psychiatern das nötige Vertrauen, um anzunehmen, daß nur sachliche Erwägungen auch in diesem Falle entscheidend gewesen sind.

England und die internationale Finanzkonferenz.

London, 6. Febr. Die Finanzkonferenz, die am Dienstag hier abgehalten wurde, sprach sich zugunsten einer internationalen Finanzkonferenz in London oder Paris aus. In Anbetracht an diese Konferenz hat das englische Schatzamt beschlossen, schon jetzt die Papiergeldzirkulation um 30 Millionen Pfund Sterling zu verringern. Eine weitere Verringerung ist in Aussicht genommen. Die Bankiers haben beschlossen, eine strenge Kontrolle über die Vorkasse auszuüben, bis sich die finanzielle Lage durch Sparmaßnahmen wieder gebessert hat.

Die Ergebnisse der Beratungen der skandinavischen Regierungskonferenz.

Kopenhagen, 5. Febr. Das Außenministerium verbreitete folgendes Kommuniqué: Auf Einladung der norwegischen Regierung fand vom 1. bis 4. Februar in Christiania eine Zusammenkunft zwischen den Staatsministern und Außenministern Dänemarks, Schwedens und Norwegens statt. Hierbei wurde eine Anzahl Fragen von gemeinschaftlich Interesse verhandelt. Es wurde die Frage betr. den Beitritt in den Völkerbund besprochen. In Verbindung mit dem Meinungsaustausch über den Beitritt wurden die Bestimmungen des Völkerbundesübereinkommens verhandelt, die für die kleinen, während des Krieges neutralen Länder besonders bedeutungsvoll sind. Dabei wurde die Vereinbarung bezüglich der Aufassung die er Bestimmungen festgestellt. Ferner wurde die Frage betr. die Anerkennung gewisser neugebildeter Staaten besprochen. Es zeigte sich eine Einigung darüber, wie die drei Regierungen sich zu dieser Frage verhalten werden. Wie bei früheren Ministerkonferenzen wurde eine Uebereinstimmung über die handelspolitische Entwicklung der verflochtenen Zeit gegeben. Es wurden auch Maßnahmen besprochen, die ergriffen werden sollen zum Schutze gegen gewisse neuerliche Maßnahmen zum Schutze des Erwerbsinteresses der drei nordischen Länder. Bezüglich der Initiative der Finanzexperten auf der Zusammenkunft in Amsterdam auch an die drei nordischen Regierungen Aufforderungen wegen Einberufung einer internationalen Konferenz zu richten, woran man sich darüber einig, dem Gedanken seine Zustimmung zu geben. Ferner einigte man sich über die Abhaltung einer Konferenz von Sachverständigen der drei Länder, auf der gemeinschaftliche Maßnahmen besprochen werden könnten hinsichtlich der Kronenvaluta im Verhältnis zu der ausländischen Valuta. Weiter wurde die Frage bezüglich des nordisch-sozialpolitischen Zusammenwirkens behandelt.

Eine Niederlage der Bolschewisten am Don.

Arhangelsk, 5. Febr. Ein am Mittwoch aus Odessa eingegangenes Radiogramm meldet, daß die Bolschewisten, die versuchten, den Don zu überqueren, von den Truppen Denikins geschlagen wurden. Denkin machte 8000 Gefangene und erbeutete 60 Kanonen und 150 Maschinengewehre. Die bolschewistischen Truppen wurden zerstreut und ihre Kavallerie ging über den Don zurück, den Train und die Maschinengewehre im Stiche lassend. Rördilid von Belostok (nördlich Jassopol) wurden die angreifenden Bolschewisten zurückgeschlagen. Sie verloren 13 Kanonen, zahlreiche Maschinengewehre und 1500 Gefangene. Die Truppen Denikins verfolgen die flüchtenden Bolschewisten.

Tarifvertragsverhandlungen im Versicherungsgewerbe.

Berlin, 5. Febr. Die langwierigen Verhandlungen im Versicherungsgewerbe haben zum Abschluß eines Reichstarifvertrages nur zwischen dem Arbeitgeberverband Deutscher Versicherungsunternehmen, dem Gewerkschaftsbund der Angestellten und dem Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellter geführt, während die Verhandlungen mit dem Zentralverband der Angestellten, der die große Mehrheit der in den Versicherungsbetrieben tätigen Arbeitnehmer vertritt, als aussichtslos abgebrochen worden sind. Das Reichsarbeitsministerium hat sich daher entschlossen, dem Antrage des Zentralverbandes entsprechend einen Schlichtungsausschuß zu bilden, vor dem eine Einigung über die zwischen dem Zentralverband und dem Arbeitgeberverband fruchtlos gebliebenen Punkten herbeigeführt werden soll. Der Beginn der Verhandlungen ist für Mitte nächster Woche in Aussicht genommen. Den Parteien ist eine Aufforderung zum Vorschlage von Beisitzern zu dem Schlichtungsausschuß zugegangen.

Badische Politik.

Eine Studentenerklärung.

Aus Kreisen der Karlsruher Studentenschaft wird uns geschrieben:

Von der Studentenschaft der Technischen Hochschule Karlsruhe wurde eine Erklärung veröffentlicht, welche die grundsätzliche Ablehnung von Professoren jüdischer Abstammung nochmals hervorhebt und begründet.

Die Erklärung der Studenten verlangt, daß die wissenschaftlichen Aufgaben der Hochschulen zurzeit zurückzutreten haben hinter nationalen Aufgaben. Nach unserer Ueberzeugung ist die wissenschaftliche Höhe der deutschen Hochschulen ein unerschütterliches Gut des deutschen Volkes und gerade deren Erhaltung ihre nationale Aufgabe. Wir erwidern in der durch alle Mitle und Parierungen unfehlbaren Sprache der deutschen Gelehrten und Studenten an ihre wissenschaftliche Aufgabe eine der wichtigsten Pflichten für die Ueberwindung der gegenwärtigen Herrschaft.

Auch wir verlangen vom akademischen Lehrer außer der wissenschaftlichen Leistung die Fähigkeit, gefestigte verantwortungsvolle Charaktere heranzubilden; nur die Forderung, daß dies in einem bestimmten, von einer Gruppe einseitig festzusetzenden Sinne zu geschehen habe, lehnen wir ab.

Die Erklärung der Studenten macht sich einer verhängnisvollen Verwechslung privater und öffentlicher Dinge schuldig. Ansichten über die dienstlichen Wege zur Erhaltung des deutschen Volkes sind Verordnungen; die Auswahl der akademischen Lehrer ist eine öffentliche Angelegenheit. Am verderblichsten aber ist, daß sie die Anschauungen, deren Anerkennung die Studenten erzwingen wollen, mit denen einer politischen Partei oder Parteigruppe decken.

So aufrichtig die Mehrzahl der Studenten versichern mag, sich dessen nicht bewußt zu sein, so sicher ist es doch wahr, daß sie sich mit ihrer Forderung in der einseitigen Dienst politischer Parteien stellen. Die gegenwärtigen Bestrebungen, Parteipolitik in die Hochschule zu tragen, lassen wir für eine Verurteilung an den deutschen Hochschulen.

Wir bebauern das Anwohnen einer Bewegung, die nach ihrem eigenen Programm darauf abzielt, die Grundgedanken des deutschen Hochschullebens: höchstes wissenschaftliches Streben und akademische Freiheit, umzusetzen und durch Parteipolitik und Unterdrückung Andersdenkender und Antisemitismus zu erleben. Wir betrachten diese Erscheinung als einen Ausbruch der gegenwärtigen geistigen und sittlichen Verwirrung und hoffen, daß alle, die sich für die Zukunft der deutschen Hochschulen verantwortlich fühlen, das Irrige tun werden, um sie vor schwerem Schaden zu bewahren.

Beschränkung des Geschäftskreises der Landwirtschaftskammer. In dem Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung des bad. Landtags wurde bei Beratung des Gesetzesentwurfes über die Abänderung des Landwirtschaftskammergesetzes von verschiede-

nen Seiten gefordert, daß das Tätigkeitsgebiet der Landwirtschaftskammer in dem neuen Gesetz fest zu bestimmen sei und nicht einer späteren Abmachung zwischen Regierung und Landwirtschaftskammer vorbehalten sei. In dem neuen Gesetz soll auch bestimmt werden, inwieweit Gewerbe- und Handelsbetriebe durch die Kammer zugelassen sind, sowie daß die Pflege der Großtiere, insbesondere der Pferdezucht, der Landwirtschaftskammer nicht übertragen werden möge.

Landeshilfsausschuß für Heimkehrer. Die Geschäfte des Landeshilfsausschusses für heimkehrende Kriegsgefangene sind dem Verwaltungsausschuß in Karlsruhe übertragen worden. Zum Vorsitzenden dieses Ausschusses ist Geh. Reg. Rat Dörle und zu dessen Stellvertreter Geh. Reg. Rat von Wach ernannt worden. Die Geschäfte des Hilfsausschusses umfassen die Entscheidung über Beschwerden gegen Entschädigungen der Hilfsausschüsse bei Anträgen auf wirtschaftliche Beihilfen, die Gewährung von wirtschaftlichen Beihilfen, die den Betrag von 300 M. übersteigen und die Anweisung von Vorkäufen an die Hilfsausschüsse sowie die Abrechnung über die verwendeten Beträge.

Tagung süddeutscher Pazifisten. Der Landesverband Württemberg der Deutschen Friedensgesellschaft hält am 22. Februar 1920 in Stuttgart seine Hauptversammlung ab. An dem der Veranstaltung vorangehenden Abend wird eine öffentliche Versammlung im Guitav-Siegler-Saal stattfinden, in welcher der heftige Kämpfer Dr. Strecker und der Privatdozent der Berliner Universität, Prof. Dr. G. J. Nicolai, sprechen werden. Für die geschäftliche Sitzung ist ein Referat von Prof. Hermann, dem ehemaligen württembergischen Kriegsminister, über die jetzige politische Lage und den Pazifismus vorgelesen. Näheres über die Tagung ist aus der seit einiger Zeit in Stuttgart erscheinenden pazifistischen Wochenzeitschrift „Die Menschheit“ zu ersehen. — Anmeldungen werden an das Süddeutsche Sekretariat der Deutschen Friedensgesellschaft, Stuttgart, Bergmühlstraße 18, erbeten.

Aus der Partei.

Genosse Georg Schöpplin hatte nach seinem Eintritt in die Redaktion unseres Blattes der Parteiorganisation des ehemaligen 19. sächsischen Reichstagswahlkreises (Stollberg-Saaleberg-Aue) mitgeteilt, daß er infolge seiner Ueberfiedelung nach Karlsruhe nicht mehr in der Lage sei für den Kreis bei den kommenden Reichstagswahlen zu kandidieren. Schöpplin ist 1909 von diesem Kreis in den Reichstag und dann auch in die Nationalversammlung gewählt worden; vorher vertrat Genosse Schöpplin den sächsischen Kreis Borna-Nachitz im Reichstage. Der Stollberg-Saaleberger ist ältester und sicherster Beisitzer der Partei; 1869 wurde Wilhelm Liebknecht zum erstenmal in diesem Kreis für den Norddeutschen Reichstag gewählt.

Am vorigen Sonntag nahmen nun die Parteigenossen des Kreises in einer Kreisversammlung Stellung zur Kandidatenfrage. Wir zitieren aus dem Bericht der Chemnitzer „Volkstimme“ über die Versammlung folgendes:

Die Parteiverammlung nahm Stellung zur Kandidatenfrage für die nächste Nationalversammlungswahl. Der bisherige Vertreter des Kreises in der Nationalversammlung und im früheren Reichstage, Genosse Schöpplin, hat der Kreisleitung mitgeteilt, daß er infolge der Uebernahme der Redaktion unseres Karlsruher Parteiblattes kein Mandat nur noch bis zu den nächsten Wahlen ausüben will und das Mandat der neuen Volksvertretung nicht mehr annehmen könne. Genosse Schöpplin nahm in einem Schreiben, das er an die Parteigenossen gerichtet hatte, in warmherzigen Worten Abschied von den Parteigenossen, deren Parlamentsvertreter er seit dem Jahre 1909 gewesen ist. Darüber hinaus verband ihn seit fast einem Menschenalter eine treue und freundliche Arbeitsgemeinschaft mit den ergebungsreichen Genossen.

Der Vorsitzende der Kreisorganisation, Genosse Kuhnert, dankte Schöpplin aufrichtig und tiefempfundenen Worte des Dankes und veräußerte, daß die Genossen des Kreises der unerwüßlichen Kapitulationsarbeit und parlamentarischen Pflichten des Genossen Schöpplin alle Zeit dankbar und freudig gedenken werden. Die Kreisversammlung nahm die Rede des Genossen Kuhnert beifällig auf, womit befindet war, daß Kuhnert den Parteigenossen aus dem Herzen gesprochen hatte.

Genosse Kuhnert teilte der Parteiverammlung mit, daß der Kreisvorstand einstimmig beschlossen habe, den Parteigenossen zu empfehlen, der Bezirksversammlung an Stelle des auscheidenden Genossen Schöpplin den Genossen Alfred Fellisch-Chemnitz als Nationalversammlungskandidaten für die Liste mit vorzuschlagen. Die Versammlung billigte nach nur kurzer Debatte den Vorschlag des Kreisvorstandes mit Einstimmigkeit.

Genosse Fellisch dankte den Parteigenossen des 19. Kreises für das ihm dadurch bewiesene große Vertrauen. Es sei nicht leicht, der Nachfolger eines Mannes wie Georg Schöpplin zu werden, der sich vor allem durch eine unerwüßliche Werbearbeit in seinem Kreise in geradezu vorbildlicher Weise ausgezeichnet hat und der in Sturm und Drang seine Pflicht bis zum höchsten Maße erfüllte. Auch er wolle dieses Mannes in dieser Stunde dankbar gedenken und versuchen, ihm an Fleiß, Ausdauer und Treue nachzutun. An der alten Freundschaft zwischen Schöpplin und dem 19. Kreis bleibe alles beim alten.

Ordingen, 4. Febr. Sozialdemokratischer Verein. Nächsten Sonntag, den 8. Febr., nachm. 3 Uhr, findet im „Ochsen“ eine öffentliche Versammlung statt, in der über das Thema „Republik und Reaktion“ gesprochen wird. Genossen und Genossinnen herzlich eingeladen für einen guten Besuch.

Überamtsbach, 5. Febr. Am kommenden Samstag, 7. Febr. abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum Dirsch eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Landtagsabgeordneter Weber aus Durlach über „Republik und Reaktion“ sprechen wird. Nach der Versammlung findet im R. Benzimmer eine Besprechung über wichtige Angelegenheiten statt. Auch jene Genossen, die nach Dienst haben, werden ersucht, sich einzufinden.

Das, 6. Febr. Samstag den 7. Februar, abends 7 Uhr, findet im Gasthaus „Zum Adler“ eine öffentliche Volksversammlung statt. Genosse Hauptlehrer Sachler-Biedersheim wird sprechen über „Republik und Reaktion“. Es ist Pflicht eines jeden Genossen und einer jeden Genossin, für einen starken Besuch dieser Versammlung zu optieren. — Am Montag den 8. Februar, abends 7 Uhr, findet im Gasthaus „Zur Linde“ eine öffentliche Mitgliederversammlung statt. Wichtige Punkte stehen auf der Tagesordnung. Genosse Stadtrat Oskar Hopp-Baden-Bader wird einen Vortrag halten über das Eschweiler Programm. Referat der Parteipresse und Parteifreunde sind willkommen.

den Städten geben. Diese Städte in den Durchschlüssen und über am über sich in der schreien nicht mit vieler- uhaltung zu beschaffen nationaler Aus- der Staat als tischen Besitzes

Sängerbund Vorwärts
18 90
Karlsruhe

Samstag, den 7. Februar
abends 7 1/2 Uhr
im großen Saale der Festhalle

Volkslieder-Abend.

Mitwirkende:
Frau Elisabeth Stürmer (Violine), Herr
Rud. Maig-Molla, Operns. am Landes-
theater (Bariton), Männerchor (150
Sänger). Musikalische Leitung: Herr
W. Eitler, Chorleiter. Am Flügel:
Herr Bruno Stürmer.

Nach dem Konzert: 1507

BALL.

Programme, die zum Eintritt berechtigten,
sind erhältlich: Musikalienhandlung Fritz
Müller, Ecke Kaiser- und Waldstrasse,
Zigarrenschäft K. Lehmann, Kaiser-
allee 51, Restauration „Grossherzog
Friedrich“, Ecke Veilchen- und Eisen-
weinstrasse, Restauration „Auerhahn“,
Schützenstr., Friseur L. Zimmermann,
Luisenstr. 82, im Vereinslokal Restauration
„Grünwald“, sowie an der Abendkasse.

Preis inkl. Steuer 1.50 Mk.

Für Mitglieder und deren direkte Ange-
hörige werden Programme nur an der
Abendkasse (Ein-ang Garderobebau) aus-
gegeben. Als Ausweis ist nur Mit-
gliedsbuch gültig und ist dasselbe an
der Kasse vorzuzeigen.

Preis inkl. Steuer 0.50 Mk.
Einlass 6 Uhr. Der Saal ist geheizt.

Verband der Fabrikarbeiter
Zahlstelle Karlsruhe.

Am Sonntag, den 8. Februar, mittags 1 Uhr in
der Wirtschaft 3. „Neuen Saalbau“, Karlsruhe-Rühlburg
vierteljährliche

Delegiertenkonferenz

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kasienbericht;
2. Neuwahl der Ortsverwaltung;
3. Agitation;
4. Anträge.

Das Erscheinen sämtlicher Betriebs- und Ortsvertrauens-
leute ist unbedingt erforderlich.

Die Ortsverwaltung,
3. H. 2. Karte.

Achtung! Achtung!

Sozialdemokr. Partei Durlach.

Samstag, 7. Februar, abends halb 8 Uhr, im
Gasthaus „Zum Sammler“ große

öffentliche

Volks-Versammlung

Herr Müller-Beck aus Bietigheim spricht über:
Republik oder Reaktion

Herbertmann ist freundlichst eingeladen. 1636
Freie Diskussion! Freie Diskussion!

Anshilfs-Kellnerinnen

sucht

für

Samstag u. Sonntag

Städt. Arbeitsamt

Fachabteilung für das Hotel- u. Wirtschaftsgewerbe

Zähringerstraße 98 (Erdgeschoss).
Samstag bis 6 Uhr abends Sonntag von 10-12 Uhr
geöffnet vormittags

Fernsprecher nur 5270. 242

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Bekanntmachung.

Unsere werthe Kundschaft sowie die verehrl. Einwohnerschaft von Karlsruhe setzen wir
hierdurch in Kenntnis, dass vom Nahrungsmittelamt ein neues Verfahren (Bestellverfahren)
für den Bezug von Fleisch- und Wurstwaren
eingeführt wurde. — Zwecks Entgegennahme der Bestellabschnitte und Abstempelung der Fleisch-
karten und Wurstaussweise halten wir unsere

sämtlichen Verkaufsstellen
von Montag, den 9. bis einschließl. Donnerstag, den 12. Februar
von 8-12 Uhr und von 2-5 Uhr

geöffnet. 1634

Wir werden wie bisher bemüht sein unsere werthe Kundschaft aufs beste zu bedienen und
bitten auch fernerhin um ihren geneigten Zuspruch. 1624

Gebr. Hensel.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe.

An unsere Mitglieder!

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Nahrungs-
mittellamts,
Einführung des Bestellverfahrens
betreffend,

ersuchen wir die verehrl. Mitglieder, die vom 23. ds. Mts. ab
Lebensmittel, Zucker und Fett

solweit diese Artikel rationiert sind, aus unsern Verkaufsstellen be-
ziehen wollen, sofort nach Empfang der neuen Lebensmittelmarken:

1. die Abschnitte 1 der Lebensmittelmarken,
2. die Kopfabchnitte der Fettkarten und
3. die Bestellabschnitte für die neuen Haushaltskarten

in den betreffenden Verkaufsstellen abzuliefern, sowie die
hieszu gehörigen Ausweise dort abstempeln zu lassen.
Letztere sind zur Empfangnahme der bestellten Waren nötig und da-
her nach der Abstempelung sorgfältig aufzubewahren.

Wir bitten die verehrl. Mitglieder dringend, die Bestellungen in
unseren Läden alsbald vorzunehmen, damit es uns möglich ist,
künftighin die leider letzter notwendigen vielen Nachbestellungen zu
vermeiden und den Kunden die oftmaligen Laufereien zu ersparen.

Letzter Tag der Annahme von Bestellungen
Donnerstag, den 12. Februar ds. Js.

Karlsruhe, den 5. Februar 1920. 1638

Der Vorstand.

Friedrichshofsaal

Freitag, den 6., Samstag, den 7., abends
halb 8 Uhr, Sonntag, den 8., nachmittags
halb 4 Uhr und abends halb 8 Uhr
Montag, den 9. Febr., abends halb 8 Uhr

Experimental-Abend

Dr. Weil, Physiker und Psychologe.

Die Grenze des Uebersinnlichen
Das Wunderreich der Phys. u. Chemie
Das Illusionsreich der Magie. 1642

Karten zu 6.—Mk., 2.—Mk. Vorverkauf bei
Franz Tajel, an der Abendkasse.

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmsstr. 34, 1 Tr. Tel. 1846

Neu eingetroffen:
Jackenkleider
teilweise auf Seidenlutter 1684
in guten Stoffen, tadelloß verarbeitet.
Mark 150.—

Regenmäntel Mark 125.00 an

Möbelschreiner u. Bildhauer
finden dauernde, lohnende Beschäftigung bei
Gebr. Himmelheber
Möbelfabrik, Karlsruhe i. S. 1623

F. C. Frankonia
Karlsruhe e. V.
Sportplatz Durlacher Allee
Strassenbahnhaltestelle am Seelbacherhof

Samstag mittags 1/3 Uhr,
Training der Schüler.

Abends 7/8 Uhr im „Burghol“, Weiterführung der
am 31. Januar vertagten
Generalversammlung

Sonntag, den 8. Februar,
1., 2., und 3. Mann-
schaft in Ettlingen geg.
Spielvereinigung.

Ablahrt wird in der Gene-
ralversammlung bekannt-
gegeben, ebenso das Spiel
der 4. Mannschaft.

Auf unserem Platze
Viktoria Durlach 1. und 2.
gegen
F.-V. Graben 1. und 2.
Beginn 1/3 bzw. 1 Uhr.
Abends gemütliches
Besammensein im
„Burghol“. 1640

Züchtige
Schlosser
1-2 Mann können sofort
eintreten 1650
Kreia & Wieber
Zuglauden, Turnerstraße 4.

Gross-Circus-Schau
Carl Holzmüller

Karlsruhe Ausstellungshalle
Telefon durch Rathaus. Haltestelle d. Strassenbahn.
Morgen, Samstag, den 7. Febr.
abends 7 1/2 Uhr

Prunkvolle
Eröffnungs-Vorstellung

Elvira del Frutto mit ihres ausgewachsenen
Königslöwen, der Gipfel der Raubtierzucht.

Schwarzwalddmädel
das Operettenpferd, ge-
ritten in a. d. Gangarten
der hohen Schule von
Schulleiter K. Schandor.

Labero,
der bezahlte Selbst-
wurdkandidat ambohen
schwankenden Mast.

Charles Smiths wahrwitziges Wagnis im
Kampf mit den wild-gefangenen Beiberlöwen.

2 Wheel Krauttakt	Gebrüder Kemptow Doppeljockeyakt
3 Toods 3 die Todesverächter Looping the Loop in der Luft.	
Wildwest geritten von J. Well.	Elvira und Emmy ungar. Soubretten
Pferde-Freiheitsdressuren vorgeführt von K. Schandor.	
G. Jommy Jockeyparade	Emmy Fallor hervorragende Voltigeur-Reiterin
„3 Dubskys 3“	Deutschlands beste Schleuderbruttakrobaten
Gebrüder Holzmüller Doppelvoltige	2 Miras 2 kometisch-seriose Hand- standakrobaten
3 Harrys 3 sensationeller Sporttakt.	
Schwesterstoppel elegante Drahtseilkünstlerinnen	Jeanos Combinationsrepekt
4 Bert-Klein-Truppe 4 homische Handakrobaten	
Gebrüder Berios Sprach- und Reprise-Klowns	August Jimmy und Clownesse Kosi Die Unvergleichlichen
Ossy d. unkopierbare August	Cocos u. Bügler Manegekomiker
Fred Buller und Partnerin Gleichgewichts-Künstler und Kopf-Equiblist und die übrigen Attraktionen.	

Die Circuskassen Telephon durch Rathaus
sind täglich von 10 Uhr vorm. ununter-
brochen **geöffnet.**

Stadtverkauf im Zigarren-Haus
H. Meyle, Kaiserstr. 141. Telef. 450.

Karten-Vorbestellungen werden nur berücksich-
tigt, wenn dieselben eine Stunde vor Beginn der
Vorstellung abgeholt werden. 1641

Bestimmung der öffent-
lichen Versteigerung eines
Kaufmanns. Kaufmann
vom 2. Vierteljahr 1919 und
unselbstbare Frachtgüter,
am Dienstag, 10. Febr. 1920
vormittags 8 Uhr und nach-
mittags 2 Uhr beginnend,
in dem Versteigerungsraum,
Karlsruhe, Hauptbahnhof
(Eingang Maxbahnhof),
Karlsruhe, den 5. Februar.

Rechnungsbüro d. General-
direktion der Badischen
Staatsbahnen. 352

Turnerbund
Münheim.

Sonntag, den 8. Februar,
von 4 Uhr ab

Canz-
Unterhaltung

in der „Friedrichstrasse“,
woszu wir unsere Mitglieder
freundlichst einladen. 1647

Der Vorstand.

Gesang-Verein
„Freundschaft“

Samstag, den
7. Februar,
abends
halb 8 Uhr,
im Vereinslokal

Generalversammlung.

Unsere lieben Mitglieder
haben wir hierzu freundl. ein-
laden. 1639

Der Vorstand.

Gross-Circus-Schau
Carl Holzmüller

Karlsruhe Ausstellungshalle
Telefon durch Rathaus. Haltestelle d. Strassenbahn.
Morgen, Samstag, den 7. Febr.
abends 7 1/2 Uhr

Prunkvolle
Eröffnungs-Vorstellung

Elvira del Frutto mit ihres ausgewachsenen
Königslöwen, der Gipfel der Raubtierzucht.

Schwarzwalddmädel
das Operettenpferd, ge-
ritten in a. d. Gangarten
der hohen Schule von
Schulleiter K. Schandor.

Labero,
der bezahlte Selbst-
wurdkandidat ambohen
schwankenden Mast.

Charles Smiths wahrwitziges Wagnis im
Kampf mit den wild-gefangenen Beiberlöwen.

2 Wheel Krauttakt	Gebrüder Kemptow Doppeljockeyakt
3 Toods 3 die Todesverächter Looping the Loop in der Luft.	
Wildwest geritten von J. Well.	Elvira und Emmy ungar. Soubretten
Pferde-Freiheitsdressuren vorgeführt von K. Schandor.	
G. Jommy Jockeyparade	Emmy Fallor hervorragende Voltigeur-Reiterin
„3 Dubskys 3“	Deutschlands beste Schleuderbruttakrobaten
Gebrüder Holzmüller Doppelvoltige	2 Miras 2 kometisch-seriose Hand- standakrobaten
3 Harrys 3 sensationeller Sporttakt.	
Schwesterstoppel elegante Drahtseilkünstlerinnen	Jeanos Combinationsrepekt
4 Bert-Klein-Truppe 4 homische Handakrobaten	
Gebrüder Berios Sprach- und Reprise-Klowns	August Jimmy und Clownesse Kosi Die Unvergleichlichen
Ossy d. unkopierbare August	Cocos u. Bügler Manegekomiker
Fred Buller und Partnerin Gleichgewichts-Künstler und Kopf-Equiblist und die übrigen Attraktionen.	

Die Circuskassen Telephon durch Rathaus
sind täglich von 10 Uhr vorm. ununter-
brochen **geöffnet.**

Stadtverkauf im Zigarren-Haus
H. Meyle, Kaiserstr. 141. Telef. 450.

Karten-Vorbestellungen werden nur berücksich-
tigt, wenn dieselben eine Stunde vor Beginn der
Vorstellung abgeholt werden. 1641